



Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V.

Gesamtschule ist nötiger denn je!

Wetzlarer Erklärung 1985

Die Gesamtschule als die gemeinsame Schule für alle Kinder ist auch weiterhin die Schule der Zukunft.

Nur ein integriertes Schulwesen kann den von Schule zu fordernden Beitrag zu den gesellschaftlichen Zielen

- soziale Gerechtigkeit und Gleichheit
- Selbstbestimmung und Mitbestimmung leisten.

Die sozial-integrative Aufgabe von Schule wird gegenwärtig angesichts sich verschärfender Tendenzen der Spaltung in unserer Gesellschaft unverzichtbar:

1. Arbeits- und Ausbildungsmangel drohen unsere Gesellschaft zu spalten in den Teil der Besitzer solcher Plätze und den Teil der auf immer längere Dauer von Arbeit und Ausbildung Abgeschnittenen; junge Leute und ältere Arbeitnehmer, Frauen, Ausländer und Behinderte sind besonders betroffen.
2. Die technische Revolution im Produktionsprozess in den Informationsabläufen droht auf eine weitere Weise unsere Gesellschaft zu zerteilen. Es besteht die Gefahr, dass Informationsvorsprünge kleiner Gruppen zur Manipulation der Mehrheit ausgenutzt werden, dass damit demokratische Teilhabe erschwert, sogar unmöglich gemacht wird.
3. Laufende rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen gefährdet bei uns wie auch weltweit zunehmend die Voraussetzungen j egleichen Lebens. Wir erfahren täglich, dass bei dem Bemühen, unsere Umwelt zu retten, die Anstrengungen vieler Einsichtiger gegen die Macht der Interessen Weniger erfolglos bleiben.
4. Zunehmende Ausbeutung der Dritten Welt durch die Industrienationen verschärft weltweit den Gegensatz zwischen Arm und Reich. Solange Hunger, soziale Spannungen und kriegerische Konflikte in den armen Ländern unserer Erde herrschen, ist auch in unserem Teil der Welt Frieden nicht möglich.

5. Die weltweit bereits vorhandene Überrüstung bedeutet in ihrer Zerstörungskraft und ihrer zunehmenden Unkontrollierbarkeit eine ständige Bedrohung des Friedens. Sie entzieht riesige Summen den täglichen Problemfeldern (Arbeit, Umwelt, Hunger). An der Verwirklichung des Friedens wird sich entscheiden, ob die Menschheit überhaupt noch Zukunft hat. Es gibt Hoffnung, dass immer mehr Menschen, gerade junge Menschen, sich den neuen sozialen Bewegungen dieser Aufgabe verschreiben.

Zu einem den Ansprüchen eines sozialen Rechtsstaates entsprechenden Umgang mit derartigen Entwicklungen müssen alle gesellschaftlichen Bereiche beitragen. Die Bewältigung derart gewaltiger Aufgaben ist nicht zu leisten ohne eine sozial gerechtere Verteilung von Gütern und Lasten, von Chancen und Risiken. Das Verständnis dieser Zusammenhänge und eine die Spaltung überwindende Solidarität sind notwendig, um zu verhindern, dass die demokratischen Strukturen unserer Gesellschaft unter diesen Belastungen zerbrechen.

Von der Schule ist für die Bewältigung dieser Aufgaben die Hinführung aller Heranwachsenden zur Selbstbestimmungs-, Mitbestimmungs- und Solidaritätsfähigkeit zu fördern. Wenn sie in dieser Weise den klassischen Bildungsbegriff Wilhelm von Humboldts aufgreift und zeitgemäß erweitert, so bedeutet das

- alle Schranken in unserem Bildungswesen aufzuheben
- bei jedem Schüler von einer Begabung auszugehen, die durch Schule und Unterricht entwickelt werden kann und muss
- allen Schülern gemeinsame soziale Erfahrungen als Voraussetzungen für solidarisches Verhalten und Handeln zu ermöglichen
- eine breite und qualifizierte, berufliche Kompetenz einbeziehende, Grundbildung als Maßstab für schulisches Lernen erst zu nehmen.

Angesichts dieser Ziele wird unsere Forderung bestätigt und verstärkt:

Eine Schule für alle Kinder – Gesamtschule!

Eine an diesem Ziel ausgerichtete Bildungspolitik kann auch pragmatische Zwischenschritte beinhalten - sie muss auch Lösungsvorschläge für akute Probleme des bestehenden Schulwesens einbeziehen.

Deshalb fordern wir:

- die Errichtung weiterer integrierter Gesamtschulen
- Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen von Gesamtschule - insbesondere ihrer Anerkennung als die die Schule des gegliederten Schulwesens ersetzende Schule

Deshalb unterstützen wir überall dort, wo es in der jeweiligen landespolitischen Situation einen Fortschritt in Richtung auf ein integriertes Schulwesen bedeutet, unter anderem

- die Einführung der schulformunabhängigen Orientierungsstufe

- die Einführung des allgemeinbildenden 10. Schuljahres für alle Schüler
- vielfältige Formen von Kooperation und Verzahnung zwischen den Bildungsgängen in der Sekundarstufe II
- die Erarbeitung neuer Lehrpläne mit einem für alle Schüler gleichermaßen verbindlichen Grundlernangebot
- die Eingliederung behinderter Kinder und Jugendlicher in die sogenannten „Normalschulen“
- die Einrichtung weiterer Schulzentren und kooperativer Gesamtschulen.

Die Mitgliederversammlung beauftragt den Vorstand, auf der Grundlage dieser Erklärung ein bildungspolitisches Aktionsprogramm für die GGG zu erarbeiten. Dabei sind der Hauptausschuss und die Arbeitsgruppen zu beteiligen.